Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 50 — Dienstag, den 1. März 1921 — 49. Jahrgang

Die Atmosphäre in London.

(W) Die Londoner Blätter behaupten: Unter den Alliierten herrscht eine Atmosphäre unbedingte Festigkeit. Keinerlei Handeln oder Feilschen werde zugelassen werden. Es verlautet, daß die in Chequer am Sonntag gepflogenen Beratungen unter den Alliierten den Beschluß zur Folge gehabt hätten, den deutschen Delegierten gegenüber eine feste Haltung einzunehmen und keinerlei Zugeständnisse zu machen. Gestern fand in Chequer eine nicht formelle Konferenz statt, in der Marschall Foch und General Wegand die Einzelheiten der französischen Vorschläge zur Erzwingung der Bezahlung darlegten für den Fall, daß Deutschland sich weigern sollte, den Forderungen der Alliierten stattzugeben. Marschall Foch und Sir Henry Wilson sind mit den Vorbereitungen eines Berichtes über die militärische Lage beauftragt, welcher der am Mittwoch stattfindenden Konferenz unterbreitet werden soll. Infolge wichtiger Mitteilungen des britischen Botschafters in Berlin, die Lloyd George bezüglich der Lage in Deutschland gemacht wurden, wird die Haltung der Alliierten, wie versichert wird, sehr fest sein. Lloyd George und Briand hätten beschlossen, bei Erzwingung der Bezahlung Schulter an Schulter zu stehen, und würden auch bereit sein, die Argumente und Vorschläge des deutschen Außenministers anzuhören. Die Tatsache, daß Dr. Simons nicht als Bevollmächtigter, sondern als Wortführer der deutschen Regierung kommt und sich fortwährend mit Berlin in Verbindung halten muß, hat in alliierten Kreisen außerordentlich überrascht. Es scheint wenig Zweifel darüber zu herrschen, daß die Deutschen dieselbe Taktik anwenden werden wie die Griechen und türkischen Nationalisten. Die Alliierten sind nicht im mindesten bereit, die Forderung auf den 10prozentigen Ausfuhrzoll fallen zu lassen.

Die Beratungen in Chequers

wurden lediglich zwischen den Engländern und den Franzosen geführt. Die Beratung hat nur eine Stunde gedauert. Nach den Berichten der Pariser Preßvertreter hat sie der Frage gegolten, ob der Friedensvertrag es gestatte, schon vor dem 1. Mai, wenn es nötig sein wird, Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland anzuwenden. Nach dem „Matin" ist ein Ausschuß von Wirtschaftspolitikern und Juristen eingesetzt worden, um den Text des Friedensvertrages daraufhin eingehend zu prüfen. Es handle sich darum, den Artikel 233 auszulegen, demzufolge der Wiederherstellungsausschuß der deutschen Regierung bis zum 1. Mai spätestens den Gesamtbetrag der wieder gutzumachenden Schäden mitzuteilen hat. Es erhebe sich nun die Frage, ob es nach dem Text zulässig sei, Deutschland bis zum 1. Mai Zeit zu geben zur Prüfung der ihm überreichten Rechnung.

Die Ankunft der deutschen Delegation in London.

(TU) Die deutsche Delegation ist um 3/4 5 Uhr hier eingetroffen. Sie wurde vom deutschen Botschafter und einem Mitglied des englischen auswärtigen Amtes begrüßt. Eine beträchtliche Anzahl Neugieriger hatte sich eingefunden. Die Begrüßung war kurz. Die Delegation ist im Savoy Hotel untergebracht. In Kreisen, die dem politischen und öffentlichen Leben nahestehen, verlautet, daß man hier mit Vermittlungsbemühungen Lloyd Georges fest rechnet. Daher setzt die gesamte öffentliche Meinung hinter dem Premierminister. Das berechtigt aber noch zu keinem Optimismus, denn ein Erfolg Lloyd Georges ist ungewiß.

Die deutschen Gegenvorschläge.

(TU) Die „Times" melden, daß die deutschen Gegenvorschläge das Anzebot enthalten werden, 750 Millionen Pfund Sterling in 30 Annuitäten zu zahlen. Weiter werde Berlin die 12prozentige Abgabe von dem Ausfuhrhandel ablehnen und einen neuen Plan in Vorschlag bringen, nach welchem die Alliierten ein gewisses Interesse an der deutschen Industrie erhalten werden.

Der römische „Messagero" weist auf die feindselige Haltung der Northcliffe-Presse gegen Deutschland hin. Die feindselige Haltung habe aber, bisher wenigstens, keinen Erfolg gehabt; vielmehr würden die Deutschen durchaus objektiv beurteilt. Das Berliner Angebot, innerhalb binnen 30 Jahren 750 Millionen Pfund Sterling oder 15 Milliarden Goldmark zu bezahlen, mache entschieden einen guten Eindruck. Die Summe sei vernünftig, und es werde sich darüber reden lassen.

Die erste Beratung der Reparationsfrage.

(TU) Die erste Vollsitzung der Konferenz, in der die Reparationsfrage verhandelt werden soll, findet heute vormittag 1/12 Uhr im Lancashire House statt. Reichsminister Dr. Simons wird bei dieser Gelegenheit eine Erklärung abgeben und Lloyd George die Denkschrift der deutschen Regierung überreichen, worauf nachmittags die Alliierten beraten werden.

Angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes.

Der diplomatische Mitarbeiter des Evening Standard schreibt, wenn die Deutschen sich weigern sollten, die Forderungen der Alliierten anzunehmen, so werde eine starke alliierte Truppenmacht, in der Hauptsache Franzosen, sofort ein bestimmtes Gebiet, wahrscheinlich das Ruhrgebiet, besetzen. Im Rheinland würden sodann Maßnahmen ergriffen werden, um Werte einzutreiben. Andere Strafen würden außerdem sofort zu verhängen sein. Evening Standard meldet, in hiesigen City-Kreisen stände man den von deutscher Seite kommenden Vorschlägen, die Alliierten sollten Anteile an deutschen industriellen Unternehmungen erhalten, keineswegs ablehnend gegenüber. Die allgemeine Ansicht der City gehe dahin, daß diese Vorschläge untersucht werden sollten.

Eine englische Berechnung über die deutsche Zahlungsfähigkeit.

„Daily News" veröffentlichen unter dem Titel „Was können wir von Deutschland bekommen?" eine Berechnung, nach der Deutschland imstande sein soll, in den nächsten zwanzig Jahren eine Gesamtsumme von einer Milliarde 725 tausend Pfund zu Wiedergutmachungszwecken zu zahlen. Diese Berechnung ist von dem offiziellen Nachrichtendienst der liberalen Partei aufgestellt und folgt offensichtlich demselben Gedankengang, den Lloyd George in seiner letzten Unterhausrede über die Wiedergutmachung ausdrückte, indem er sagte, daß es auf die Höhe des Ueberschusses der deutschen Exporte gegen die Importe ankomme. Die Berechnung verweist darauf, daß man versuchen müsse, auf den Kern des Problems einzugehen. Deutschland könne zahlen, aber nicht gerade in diesem Augenblick. Die Hauptsache sei, daß der jährliche Betrag der deutschen Zahlung nicht höher sein könne als der Mehrwert der Ausfuhr über die Einfuhr. Die Frage sei, in welcher Weise Deutschland diesen Ueberschuß vor dem Kriege verwandt habe. Es habe ihn meistens zu Kapitalsanlagen in fremden Ländern benutzt. Anstatt, wie bisher, den fremden Ländern diese Beträge zu leihen, müsse Deutschland sich jetzt dazu entschließen, im Wege der Wiedergutmachung zu zahlen.

Natürlich würden diese Abzahlungen eine harte Last für Deutschland bedeuten. Die deutsche Regierung müsse im Ausland deutsche Guthaben aufkaufen bis zu einer Höhe, die dem vermutlichen Ueberschuß des deutschen Exports über die deutschen Importe entspräche. Diese Guthaben müßte die deutsche Regierung von deren deutschen Inhabern kaufen und das Geld sich durch Besteuerung der Deutschen, besonders durch indirekte Steuern verschaffen. Jeder Deutsche werde sich an die Wiedergutmachung immer wieder erinnern, wenn er seine Steuern und Abgaben zahle. Die Darstellung tritt dann in eine Erörterung darüber ein, wie hoch dieser Ueberschuß sein werde. — Nach Abzug aller Kosten habe der Mehrwert der Exporte über die Importe im Jahre 1919 ungefähr 40 Millionen Pfund betragen. Das entspreche ungefähr der Ziffer, die Arndt als jährliche Kapitalsanlage im Ausland abgab. Sie stieg auf 50 Millionen Pfund im Jahre 1914. Diese Summe müsse man also als den Betrag der deutschen Zahlungsfähigkeit ansehen, nach heutigem Geldwert entspreche sie also einer Summe von hundert Millionen Pfund im Jahr. Der Bericht gibt zu, daß Deutschland nur langsam wieder auf diese Höhe kommen könne, und das sei auch durchaus im Interesse der Länder, die die Wiedergutmachungsleistungen aufzunehmen hätten. Nehme man nun also an, daß diese Summe von 50 Millionen die erste Wiedergutmachungsrate darstelle und sich weiter jährlich um 5 Millionen Pfund erhöhe und dann, nachdem sie hundert Millionen erreicht hat, weitere zehn Jahre auf dieser Höhe bleibe, dann könne Deutschland im ganzen eine Milliarde 725 tausend Pfund Wiedergutmachung zahlen ohne jede Störung des Gleichgewichts des Welthandels. Ob es möglich sei, das deutsche Volk zwanzig Jahre lang unter diesem Druck der Tributpflicht zu halten, sei eine andere Frage.

In diesem Vorschlag fällt natürlich auf, daß die Wiedergutmachungspflicht auf 20 Jahre beschränkt ist.

Reichstag.

(Sitzung vom 28. Februar.)

Aus Anlaß der Beratung des Entwurfes betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes polemisiert Abg. Goldmann (U.) gegen die bayrischen Einwohnerwehren, die ein Herd der Gegenrevolution seien. Es sei eine absichtlich falsche Darstellung, wenn in London der Eindruck erweckt werden solle, als ob in Bayern die Wehren unentbehrlich seien. In Bayern herrsche durchaus Ruhe. Die Orgesch-Organisationen und die Führer ähnlicher Unternehmungen, wie Kapitänleutnant Ehrhardt, wüßten ganz genau, wie der Wind gehe. Redner begründete dann den Antrag Aderholz auf schleunige Entwaffnung und Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren und Ausdehnung der Waffenablieferungspflicht auch für einzeln liegende Gehöfte und Gemeinden. — Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung hat die für ein waffenstolzes Volk so schwer erträgliche Aufgabe der Entwaffnung entsprechend den Bedingungen des Friedensvertrages in die Hand genommen und in einem Umfange und mit einer Schnelligkeit gefördert, der bei Erlaß des Entwaffnungsgesetzes wohl niemand für möglich gehalten hat. Sie wird auch die restliche Durchführung des Gesetzes innerhalb der gestellten Frist zu bewerkstelligen wissen. Dies gilt auch für Bayern. Dem Reichstage wird bis zum 15. März ein Gesetz über dem Friedensvertrag widersprechende Organisationen zugehen. Heute, am Vorabend der Konferenz von London, hält die Reichsregierung es für ihre dringendste Pflicht, die Einheit des Volkes gegenüber den ihr drohenden Gefahren aufrecht zu erhalten. — Abg. Vogel (Soz.): Der Reichsminister hat bereits eine Erklärung der bayerischen Regierung veröffentlicht, derzufolge sie zur Durchführung der Entwaffnung bereit sei. Wir alle wissen, was aus dieser Erklärung geworden ist, Escherich kommandiert eben noch. Die Demokraten, an ihrer Spitze der Abg. Müller-Meiningen, halten die Wehren für unentbehrlich. Man habe nichts anderes im Auge, als Wiederherstellung der Monarchie in Bayern und den Anschluß Oesterreichs an Bayern. Es wird behauptet, daß in Bayern eine militärische Geheimorganisation besteht, und daß die Regierung Kahr hinter diesen Reichsfeinden steht. Ganz ungeniert betreiben die bayerischen Staatskommissare die Geschäfte der Reaktion. — Abg. v. Gräfe (D.-N.): Wir bedauern, daß diese Debatte überhaupt möglich war, während unsere Delegierten sich auf der Reise nach London befinden. Die Tiraden der Unabhängigen werden auf das deutsche Volk keinen Eindruck mehr machen. Selbst die französischen Offiziere erklärten, sie müßten nur revidieren, weil es deutsche Schufte gibt, die immer wieder versteckte Waffen anzeigen.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Die Art der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes ist ein Hohn auf die Versprechungen der Regierung, es würde gleichmäßig gegen rechts und links durchgeführt werden. Eine Unsumme schlechten Glaubens und bösen Willens der deutschen Regierung liegt in der bisherigen Handhabung des Gesetzes. — Abg. Brüninghaus (D. Vp.) erklärt namens des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei, daß sie im gegenwärtigen Augenblick die Entschließung der Unabhängigen für eine Störung der Londoner Verhandlungen unserer Delegierten halten. Wir lehnen sie ab und stimmen der Vorlage zu. — Abg. Dr. Heim (Bayr. Vp.): Es ist nicht wahr, daß die Waffen der Regierung Kahr geheim gehalten worden sind aus irgend welchen Rücksichten auf die Orgesch. Das Statut der bayrischen Einwohnerwehr ist von einem sozialistischen Minister gemacht worden. Escherich ist ein so einwandfreier Mann, daß ich es für eine Feigheit halten würde, wenn ich nicht hier von ihm Zeugnis ablegte. Alle die sozialdemokratischen kommunistischen Greuelgeschichten von reaktionären Verschwörungen und bayrischen Mörderzentralen haben sich als Erfindung erwiesen. Bayern leidet besonders unter solchen Schwindelgeschichten. Wer glaubt, man könne in Bayern putschistische Pläne ausführen, der ist im Irrtum. uns wäre es erwünscht, wenn die Staatsautorität so wäre, daß wir keine Selbstschutzorganisationen mehr brauchen. — Abg. Gruber (Soz.): Die bayrische Regierung hat sich zweideutig gezeigt. Die Orgesch ist uns ebenso verdächtig wie Dr. Heim, wenn er Herrn Escherich verteidigt. —

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen nimmt Abg. Dr. Rosenfeld (U.) das Wort zu einer nochmaligen Polemik gegen die bayrische Regierung.

Der Entwurf wird, unter Ablehnung der Unabhängigen-Anträge, angenommen und sodann die Etatsberatung beim Reichsfinanzministerium fortgesetzt.

Die Sozialdemokraten haben eine Entschließung eingebracht, die sich dagegen wendet, daß auf Privatdienstvertrag beschäftigte Angestellte bei den Reichsbehörden durch jugendliche Personen ersetzt werden. Ferner wird die Regierung ersucht, Entlassungen wegen Arbeitsmangel in der Reihenfolge vorzunehmen, wie sie die Verordnungen über Einstellung und Entlassung und über Freimachung von Arbeitsstellen vorsehen. — Abg. Dr. Hertz (Unabh.) erstattet den Ausschußbericht. Im Ausschuß machte der Finanzminister Mitteilung von den Widersprüchen in den Berichten des Landesfinanzamtes Düsseldorf und des Finanzamtes in Vohwinkel, von denen das erste die Möglichkeit von Hinterziehungen des Abgeordneten van den Kerkhoff annimmt, während das zweite dies in einer Erklärung bestreitet. Aus den Akten hat sich ergeben, daß van den Kerkhoff ein amtliches Siegel erbrochen hat, daß ferner wichtige Akten spurlos verschwunden sind und daß van den Kerkhoff jeden Aufschluß verweigert über Ausgaben, die den Eindruck gewaltiger Schmiergelder machen. (Lebh. Hört! Hört!) — Reichsfinanzminister Dr. Wirth: In der Angelegenheit des Bankhauses Gruisser sind bereits 10 Fälle durch rechtskräftige Strafen erledigt. Im ganzen wurden 595 710 Mark Geldstrafen wegen Kapitalflucht verhängt. Die Summe des einzuziehenden Kapitals beträgt 2½ Millionen Mark. Im Falle Spiro-Hamburg beträgt die hinterzogene Summe schätzungsweise 6 Millionen Mark. (Hört! Hört!) Die Untersuchung gegen die beteiligten Mitglieder des Hauses Hohenzollern ist noch nicht abgeschlossen.

Das Haus vertagt darauf die Weiterberatung auf Dienstag.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Das Haus tritt in die Einzelberatung des Reichsmietengesetzes ein. Der erste Abschnitt ist überschrieben „Gesetzliche Miete" und umfaßt nur den ersten Paragraphen. Nach § 1, Abs. 1 kann der Mieter wie der Vermieter eines Gebäudes oder eines Gebäudeteiles jederzeit dem anderen Vertragsteil gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechnet werden soll. (Gesetzliche Miete). Während die Regierungsvorlage den ersten Termin für maßgebend erklärt, zu dem die Kündigung nach dem Vertrage oder nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches zulässig sein würde, schlägt die Ausschußfassung des Reichswirtschaftsrates lediglich den ersten Termin vor, zu dem Kündigung nach § 565 des Gesetzbuches gegeben sein würde. Das Einigungsamt kann nach beiden Entwürfen bei Vorliegen einer schweren Unbilligkeit Ausnahmen gestatten. Zu den gesetzlichen Vorschriften des § 1 betr. Einführung der gesetzlichen Miete führt Dr. Krüger (Deutscher Genossenschaftsverband) aus: Die Tendenz des Gesetzes geht dahin, die Häuser dem freien Verkehr zu entziehen und sie in staatliche Großkommunalverwaltung zu bringen. Durch das Gesetz stößt man dem Großkapital vor den Kopf und macht den Wohnungsmangel nur noch größer. Ich warne vor diesem ernsten Schritt. — Wiegberg (Christl. Bauarbeiter) stimmt dem Grundgedanken zu, da der Bodenwucher dadurch unterbunden wird. — Auffhäuser (Asa) kritisiert, daß der Gedanke der Höchstmiete vollkommen preisgegeben ist. Auch stehe die Vertragsgleichheit lediglich auf dem Papier. — Die §§ 1—6 werden ohne Abänderungen angenommen, so auch die §§ 7 und 8 betr. Großinstandsetzungsarbeiten. Ein § 75 betr. die näheren Bestimmungen über die Verwendung des Ausgleichsfonds wird mit großer Mehrheit angenommen. Ausnahme finden ebenfalls ohne Abänderungen die §§ 8—11.

Eine Rechtfertigungserklärung Erzbergers.

Die Washington-„Times" veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Vertreters, Frank E. Mason, mit dem früheren Reichsfinanzminister Erzberger über die Rolle Wilsons in der Wiedergutmachungsfrage. Hiernach besuchte mehrere Wochen bevor Deutschland die Versailler Bedingungen ausgehändigt wurden, der gegenwärtige amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Dresel, in Wilsons Auftrage Erzberger sowie den damaligen Minister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, und andere Minister. Dresel habe Erzberger erzählt, wie hart Wilson mit Clemenceau gekämpft habe, um ihn endlich in den Fragen der Annexionen und der Wiederherstellung umzustimmen. Nach Erzbergers Darlegungen sagte Dresel, Wilson hoffte, daß nach allem, was er für Deutschland getan, letzteres ihm nicht entgegentreten oder ihn im Stich lassen werde, indem es sich weigerte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen; daß die Vereinigten Staaten sich bewußt seien, daß sie helfen müßten. Deutschland wieder aufzubauen und daß, wenn Deutschland die Bedingungen unterzeichnete, Wilson seinen Einfluß in Washington geltend machen würde, um Kredite für Deutschland zu sichern.

So wurde Erzberger nach seinen eigenen Angaben von Wilson eingewickelt. Er erzählt darauf weiter: „Als die Bedingungen dann eintrafen und ich sah, wie verschieden die Wiedergutmachungsklauseln in Wirklichkeit waren, von dem, was Dresel mir gegenüber ausgeführt hatte, ließ ich durch meinen Vertreter in Frankfurt Dresel einladen, nach Berlin zu kommen, um die Bedingungen abermals zu besprechen. Wilson hielt es diesmal jedoch nicht für nötig, ihn nach Berlin zu senden, obgleich er eine ganze Weile später Dresel als amerikanischen diplomatischen Vertreter nach Berlin schickte." Es ist doch merkwürdig, daß Erzberger bis heute mit dieser seiner „Enthüllung" warten mußte. Warum hat er nicht in demselben Augenblicke, in dem er das falsche Spiel Wilsons durchschauen mußte, so laut geschrien, daß alle Welt es hören konnte, wie man ihn betrogen habe? Jetzt ist es dazu zu spät, wie es für Erzberger zu spät ist, sich zu rechtfertigen, weil er sich für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages eingesetzt hat.

Die antibolschewistische Bewegung in Rußland

flaut nicht mehr ab. Nach neuesten Meldungen hat sich die baltische Flotte mit den Kronstädter Matrosen an der Spitze empört. Die Matrosen sollen sich in Unterhandlungen mit der Garnison von Petersburg befinden, um die Sowjetregierung zu stürzen. Petersburg soll von kommunistischen Truppen eingeschlossen sein. Die Regierung nimmt Massenverhaftungen von Soldaten vor. Trotzki soll an den Befehlshaber der baltischen Flotte ein Ultimatum gerichtet haben, in dem er namens der Sowjetregierung die Uebergabe der Schiffe binnen 48 Stunden an sein Kommando verlangt. Der Kommandant der Flotte lehnte dieses Verlangen ab und erwiderte, er werde die Flotte gegen die Bolschewisten bis zum äußersten verteidigen. Nach einem Moskauer Funkspruch haben die roten Truppen die gegenrevolutionäre Bewegung in Petersburg niedergeschlagen. Bei dem Straßenkampf wurden über zweihundert Personen getötet.

Tagesereignisse.

— **(Die Geldspende der deutschen Heeresleitung an die russischen Bolschewisten.)** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auf Anregung des Abg. Bernstein beschlossen, im Reichstag zu beantragen, daß die Frage der 50 Millionen Goldmark, die während des Krieges von der deutschen Heeresleitung den russischen Bolschewisten gezahlt wurden, von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung und Ermittlung der Tatsachen und der Quellen, aus denen die Gelder flossen, überwiesen werde.

— **(Feindseligkeiten zwischen Panama und Kostarika.)** Die Feindseligkeiten zwischen den Streitkräften der Republiken Panama und Kostarika sind eröffnet worden. Eine förmliche Kriegserklärung ist noch nicht erfolgt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 1. März. **(Verschiedenes.)** In der 7. Jahreswoche vom 6. bis 12. Februar sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 2 (je 1 Kamen, Unna), Kindbettfieber 1 (Künthe), Scharlach 1 (Unna); Todesfälle durch Tuberkulose 1 (Unna). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 44 (5), Genickstarre 1, Kindbettfieber 9 (1), Körnerkrankheit 5, Tuberkulose (64), Ruhr 9, Scharlach 36 (2), Unterleibstyphus 13 (1), Paratyphus 1 (1), Fleischvergiftung 3.

*

Der Wert der Steuerkarte.

Das Finanzamt teilt über den Wert der Steuerkarten mit: In Arbeitnehmerkreisen ist man vielfach noch nicht bewußt, welchen Wert die Steuerkarte mit den entwerteten Marken für sie hat, sodaß sich vielfach Arbeiter oder Angestellte beim Wechsel ihrer Arbeitsstelle garnicht um ihre Steuerkarte kümmern, auch nicht den Wert der eingeklebten Marken mit den eingehaltenen Beträgen vergleichen. Der Grund zu dieser Gleichgültigkeit ist wohl darin zu suchen, daß die Arbeitnehmer vielfach der irrigen Meinung sind, sie hätten ihrer Steuerpflicht allein durch den Lohnabzug vollkommen genügt. Diese Ansicht trifft aber nicht zu. Zunächst ist die Steuerkarte mit den eingeklebten und entwerteten Steuermarken das alleinige Beweismittel dafür, welche Einkommensteuern seitens des Arbeiters und Angestellten bereits in die Reichskasse geflossen sind. Sodann kommt in Betracht, daß die endgültige Veranlagung über das Einkommen während des Kalenderjahres 1920 erst in einigen Monaten auf Grund noch abzugebender Steuererklärungen erfolgt und daß alsdann die durch die Steuerkarten noch nicht nachgewiesenen Beträge nachzuzahlen sind.

Den Steuerkarten ist daher ein hoher Wert beizumessen und ein Verlust bringt erhebliche Nachteile. Ihre sorgfältige Aufbewahrung liegt in beiderseitigem Interesse der Arbeiter und der Arbeitgeber. Beim Ausscheiden eines Arbeiters oder Angestellten werden aber auch die Arbeitgeber gut tun, sich von dem Ausscheidenden darüber eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, wieviel Steuermarken von ihnen geklebt und entwertet waren, um sich gegen den im Falle eines Verlustes der Steuerkarte möglichen Vorwurf zu schützen, sie hätten den Lohnabzug zwar richtig vorgenommen, aber zu wenig Steuermarken geklebt.

*

Mindestens 300 bis 500 Liter Vollmilch täglich.

Ob die Vertragsklausel „mindestens 300 bis 500 Liter" zu liefern, eine feste Handgabe dafür bietet, mehr als eine tägliche Menge von 300 Litern zu verlangen, ist eine interessante Streitfrage, die jetzt vom Reichsgericht erörtert worden ist.

Die Stadtgemeinde Elberfeld hatte mit dem Viehhändler und Gutsbesitzer R. einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge R. sich verpflichtete, seinen Milchviehbestand von ungefähr 50 Stück zu erhalten und der Stadtgemeinde Elberfeld täglich mindestens 300 bis 500 Liter Vollmilch zu liefern. Die Stadt übernahm dafür die Lieferung von Kraftfutter zum Selbstkostenpreise und sicherte Zahlung von monatlich 1000 Mark zur Erhaltung des Viehbestandes zu. Kläger verlangt nunmehr Zahlung von 12000 Mark, welche Summe die Beklagte mit der Behauptung verweigert, daß der Kläger seine Verpflichtung zur Milchlieferung nicht erfüllt habe.

Das Landgericht Elberfeld verurteilte die Beklagte zur Zahlung der 12000 Mark, das Oberlandesgericht Düsseldorf wies die Klage ab. Auf die Revision des Klägers hat das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache mit folgender Begründung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts zurückverwiesen: Der Kläger meint, er sei zur Lieferung von täglich 300 Litern verpflichtet, und dieser Vertragspflicht habe er genügt, denn er habe das ganze Jahr hindurch im Durchschnitt 300,4 Liter geliefert. Er hat sich auf das Zeugnis seiner Ehefrau berufen, daß er nur 300 Liter garantiert und gesagt habe, möglich sei es allerdings, daß sich bei günstigen Verhältnissen der Milchertrag bis 500 Liter steigern lasse. Das Berufungsgericht lehnt die Auslegung des Klägers als mit dem Wortlaut des Vertrages nicht vereinbar ab. Bei der Auslegung des Klägers habe der Vertrag lauten müssen: „mindestens 300 Liter"; die Wendung „300 bis 500 Liter" sei sinn- und zwecklos. Es bleibe, wenn man die Auslegung der Beklagten (in der Zeit von Mai bis Oktober mindestens 500 Liter zu liefern) ablehne, nur die Deutung übrig, daß der Kläger sich verpflichtet habe, täglich mindestens eine Durchschnittsmenge von 400 Litern zu liefern. Diese Vertragsauslegung hat die Revision mit Recht angegriffen. Schon dem Wortlaute nach ist die Vertragsauslegung des Klägers wohl möglich; es ist an sich sehr wohl möglich, das Wort „mindestens" nur auf die 300 Liter zu beziehen, wenn mit den Worten „bis 500 Liter" nur die mögliche Steigerung zum Ausdruck gebracht werden sollte. Die beiderseits für die Auslegung der unklaren Vertragsbestimmung angebotenen Auslegungsbeweise hätten daher erhoben werden müssen. Infolgedessen mußte das Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweiten Prüfung und Entscheidung an einen andern Senat des Oberlandesgerichts zurückverwiesen werden. (Aktenzeichen: VII. 135/20. — 5. 10. 20.)

*

(Wahl-Nachklänge.) Der Kommunist Leutner behauptete bekanntlich in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei Kamen, sein Kind sei in dem Hörder Kinderheim derart heruntergekommen, daß es nur noch Haut und Knochen gewesen wäre und infolge der mangelhaften Ernährung gestorben sei. In einer Zentrumsversammlung in Herringen machte Leutner dieselben Angaben und behauptet hier, alle 46 Kinder des Heims wären welke Blüten, spielten nicht, nur hin und wieder brüllten sie auf, wenn die Schwestern, die allerdings bedauernswert gewesen wären, ihnen Kaffee gegeben hätten. Das sei überhaupt so ungefähr die einzige „Nahrung" für die Kinder gewesen. Der Vorsitzende der Zentrumspartei Hamm-Land fragte hierauf bei dem Heim in Hörde an, ob die von Leutner geschilderten Zustände auf Wahrheit beruhten. Darauf kam von dort folgende Antwort:

„Wir haben für kürzere Zeit ein Kind Leutner hier gehabt. Das Kind war ein vollständiger Idiot. Ich entsinne mich nicht, den Vater des Kindes jemals hier gesehen zu haben. Auch ist das Kind nicht hier gestorben, sondern hat sich gut hier erholt. Wie der Vater sich ein solches Urteil über unser Haus, welches er gar nicht kennt, erlauben kann, ist mir unbegreiflich. Jedenfalls steht hier jedem frei, unser Heim zu besichtigen."

(Unterschrift.)

(Städt. Volkshochschule.) Am Mittwoch abend 8 Uhr spricht Herr Kreutzfeldt über „Deutsche Maler des 15. Jahrhunderts". Der Vortrag wird durch eine Reihe guter Lichtbilder erläutert.

(Die freie Fett- und Fleisch-Einfuhr.) Amtlich wird unter Bezugnahme auf bereits ergangene Verordnungen mitgeteilt, daß ohne besondere Einfuhrgenehmigungen zur Einfuhr zugelassen sind: Schmalz (Schweineschmalz), lebendes Rindvieh aller Art mit Ausnahme des Nutzviehes, sowie Lämmer, Schafe, Ziegen, Spanferkel und Schweine, ferner Fleisch von diesen Tieren einschließlich des Schweinespeckes, frisch, auch gefroren oder einfach zubereitet (gesalzen, gepökelt, geräuchert). Dagegen bedürfen nach wie vor einer Einfuhrgenehmigung: Fleischkonserven aller Art, insbesondere Cornedbeef, Boiledbeef, Fleischextrakt, Schlachtabfälle, Wurst u. Wurstwaren, Schlachtpferde und solche aus Fleisch von Schlachttieren hergestellten Erzeugnisse.

Unna, 1. März. **(Geschäftsbericht der städtischen Sparkasse.)** Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte der Sparkasse einen ansehnlichen Zuwachs an Einlagen, nämlich fünf Millionen Mark im Spar- und zwei Millionen Mark im Scheckverkehr. Der gesamte Einlagenbestand stieg damit seit Beginn des Jahres von 39 Millionen auf 46 Millionen Mark. Die Zahl der Sparer hat sich um 1102 vermehrt. Im ganzen befinden sich jetzt 21361 Sparbücher im Umlauf. An Zinsen wurden den Sparern gutgeschrieben 1246000 Mark. Der Scheckverkehr ist in lebhafter Entwickelung begriffen. Es wurden auf Scheckkonto eingezahlt 59 Millionen Mark, abgehoben 57 Millionen Mark, gegen 21 und 20 Millionen Mark im Vorjahre. Der gesamte Umsatz der Sparkasse belief sich auf 377 Millionen Mark. Er hat sich gegen das Vorjahr fast verdoppelt, übersteigt um das Vierfache den Umsatz des Jahres 1917 und ist siebenmal so groß wie im Jahre 1915. Der Reingewinn beträgt 183000 Mark, 16000 Mark mehr wie im Vorjahre.

Aplerbeck, 28. Febr. **(Der Todessturz im Schacht.)** Auf Zeche „Schürbank" verunglückte der 22jährige Bergpraktikant Lange aus Schwerte. Er war im unterirdischen Grubenbetriebe mit dem Legen einer elektrischen Leitung beschäftigt, als er plötzlich aus einer Höhe von 50 Metern abstürzte und nur als Leiche geborgen werden konnte.

(TBO) **Iserlohn,** 28. Febr. **(Keine Stillegung des Straßenbahnbetriebes.)** Die Westfälischen Kreisbahnen haben den Betrieb auf ihren Linien wieder aufgenommen, da zu der beabsichtigten Stillegung keine Genehmigung erteilt worden ist.

Olpe, 24. Febr. **(Betriebsstillegungen durch Streik.)** Im Kreise Olpe ist wegen Lohnstreitigkeiten eine größere Anzahl Betriebe der Eisen- und Metallindustrie dadurch stillgelegt worden, daß die Belegschaften geschlossen kündigten und nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit geschlossen niederlegten. Den Anfang machte die Charlottenhütte, Attendorn, die überhaupt die unruhigste Belegschaft im Kreise Olpe hat. Mittlerweile sind stillgelegt das Meggener Walzwerk, die Carlshütte, Christinenhütte, Versalträger und Rugenbergsche Eisenwerke aus der Eisenindustrie. Ferner ruht der Betrieb in einer Anzahl größerer und kleinerer Metallwarenfabriken. Der Arbeitgeberverband für den Kreis Olpe lehnt nach wie vor die Forderungen der Arbeiter als unerfüllbar ab. Wie die Sache noch endet, weiß man nicht. Die feiernden Arbeiter gaben sich inzwischen alle Mühe, die noch in Betrieb befindlichen Werke ebenfalls stillzulegen, was an der entschlossenen, einmütigen Haltung der Belegschaften der noch arbeitenden Betriebe bisher scheiterte.

(TU) **Essen,** 28. Febr. **(Streik auf Zeche „Ernestine".)** Auf Zeche „Ernestine" bei Stoppenberg sind Sonnabend 1500 Mann in den Streik getreten. Der Grund des Streiks ist noch nicht bekannt.

(W) **Oberhausen,** 28. Febr. **(Raubüberfall auf einen Postwagen.)** Am Freitag abend gegen 11 Uhr transportierten drei Postbeamte einen Betrag von 150000 Mark auf einer Karre. Als sie in die Poststraße einbiegen wollten, traten ihnen drei Männer mit vorgehaltenen Revolvern entgegen, sodaß sie sich nicht zur Wehr setzen konnten. Die Männer raubten den ganzen Betrag. Die sofort benachrichtigte Polizei nahm die Verfolgung auf. Es gelang den Beamten, in Alstaden die Räuber zu stellen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht zwischen den Beamten und den Verbrechern, wobei ein Polizeiobermeister durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel verwundet wurde. Festgenommen wurden ein Ewald Völker aus Hamburg und ein Josef Trinter aus Bochum. Geld und Waffen hatten die Verbrecher von sich geworfen. Es wurden von den Beamten noch 100000 Mark gefunden und der Post zurückgegeben. Der dritte Verbrecher, der wahrscheinlich die restlichen 50000 Mark besitzt, ist entkommen.

(DBO) **Wipperfürth,** 26. Febr. **(Kommunalisierung eines Elektrizitätswerkes.)** Die Gemeinde Lindlar hat beschlossen, das bisher privatseitig betriebene Elektrizitätswerk in die Verwaltung der Gemeinde zu übernehmen. Die Erwerbskosten sollen im Wege der Anleihe aufgebracht werden.

Velbert, 28. Febr. **Die Stadtverordneten** beschlossen eine Entschließung an die Reichsregierung des Inhalts, die nicht mehr zweckmäßigen Sätze der Erwerbslosenfürsorge zu erhöhen. Besonders bemerkenswert war weiter die Festsetzung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten, das in den Knabenschulen von 50 Mark bei einem Einkommen bis zu 10000 Mark und bis auf 4000 Mark bei einem Einkommen über 70000 Mark gesteigert werden soll. Für die höheren Mädchenschulen sind die Schulgeldsätze 10 v. H. niedriger.

(DBO) **Gladbeck,** 26. Febr. **(Abgewiesener Steuerprozeß.)** Der Herzog von Arenberg, der von den Gemeinden Buer und Gladbeck wegen seines Einkommens aus dem Bergregal zu einer Einkommensteuer von 52600 bezw. 25460 Mark veranlagt worden war, hatte gegen die Veranlagung den Prozeßweg beschritten und dabei die Auffassung vertreten, daß das Einkommen aus dem Regal lediglich von der Wohnsitzgemeinde versteuert werden könne. Das Oberverwaltungsgericht wies im Gegensatz zu der Entscheidung des Bezirksausschusses in Münster die Klage des Herzogs ab mit der Begründung, daß die Erträge des Herzogs aus dem Bergzehnten als Einkommen aus dem Grundvermögen zu behandeln seien.

M.-Gladbach, 28. Febr. **Die Handelskammer** wandte sich in ihrer letzten Sitzung gegen die vorgesehene Erhöhung der Eisenbahngütertarife. Die vorgebrachte Begründung dafür, die Wertsteigerung der Rohstoffe, sei nicht stichhaltig, da diese Wertsteigerung nur eine vorübergehende Erscheinung sei. Um den Fehlbetrag der Eisenbahn auszugleichen, müsse bei der Bahn vom Achtstundentag abgegangen werden, da es sich vielfach nur um Arbeitsbereitschaft handle. Außerdem wandte sich die Kammer gegen eine Anordnung des Postministeriums, daß in den hiesigen Postämtern mittags Schluß gemacht werden soll.

(TU) **Köln,** 28. Febr. **(Der Streik in Leverkusen.)** Nachdem der Reichsschlichtungsausschuß den Spruch des Schlichtungsausschusses Köln beschäftigt hat, haben die Streikenden in Leverkusen die Gewerkschaften ersucht, dahin zu wirken, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen können. Nach den Verhandlungen mit den Werken wird aller Wahrscheinlichkeit nach am Donnerstag dieser Woche die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Aus aller Welt.

— **Nachspiel zur Tragödie von Klein-Kelpelsdorf.** Ein neues unerhörtes Verbrechen ist in der Nacht zum Freitag an der Ruhestätte der ermordeten Schloßherrin von Klein-Kelpelsdorf, Dorothea Rohrbeck, verübt worden. Das frische Grab auf dem Friedhof in Lötzen wurde aufgegraben und der Sarg am Kopfende zertrümmert. Das Kissen, auf dem der Kopf der Ermordeten ruhte, fand man morgens auf dem Grab vor. Das neue Verbrechen hat in der ganzen Gegend große Aufregung hervorgerufen. Als die Gruft der Ermordeten erbrochen aufgefunden und die Schändung an der Leiche festgestellt worden war, wurde der Friedhof sofort abgesperrt. Polizeibeamte nahmen mit Spürhunden die Verfolgung der Fußspuren auf, verloren diese aber später wieder. Das Grab wurde dann durch die Beamten vollständig geöffnet und festgestellt, daß die Verbrecher, da sie den Deckel des schweren eichenen Sarges nicht öffnen konnten, in diesen ein großes Loch gestemmt hatten. Sie hatten der Toten dann das weißseidene Kleid und die Schuhe ausgezogen, von einem Unterrock die wertvollen Spitzen abgetrennt und eine Steppdecke geraubt. Die Täter sind auch noch in eine andere Gruft eingedrungen, hatten hier stehende Särge verstellt, aber offenbar nichts gestohlen.

— **Heirat unter hypnotischem Zwang.** Ueber eine Eheschließung, die unter sehr ungewöhnlichen Umständen erfolgte, macht die „B. Z." bemerkenswerte Mitteilungen. Im November lernte eine sehr reiche, junge Dame, die sich zu kunstgeschichtlichen Studien in Berlin aufhielt, in der Gesellschaft einen früheren Marine-Ingenieur kennen, mit dem sie sich — ohne ihren Hamburger Angehörigen etwas davon mitzuteilen — verheiratete. Als das Paar von der Hochzeitsreise aus Oberbayern nach Berlin zurückkehrte, reiste ein Onkel der Dame, die keine Eltern mehr besitzt, hierher, um sich den jungen Hausstand einmal anzusehen. Er fand seine Nichte, die immer in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu ihm gestanden hatte, seltsam verändert und verträumt vor, und ging schließlich — als sie von hypnotischen Experimenten erzählte, die ihr Mann mit ihr unternommen hätte — mit ihr zu einem Arzt, der feststellte, daß sie sich unter einem hypnotischen Zwang befand, und in diesem auch — ohne ihren Mann zu lieben oder auch nur näher zu kennen — zu der Heirat bewogen worden ist. Als sich die Dame erholt hatte, weigerte sie sich entschieden, zu ihrem Gatten zurückzukehren, und fuhr mit dem Onkel nach Hamburg, von wo aus sie die Gültigkeit der Eheschließung anfechten wird. Die Angelegenheit wird in nächster Zeit die Berliner Gerichte beschäftigen.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

68. Fortsetzung.

Lotte brachte sie bis zum Wagen.

„Leb wohl, Dagmar! Grüß Ralf und Mutterle Jansen herzlich. Morgen komme ich vielleicht nach Berndorf. Also auf Wiedersehen! Und — inbezug auf das, was Mama eben gesagt hat — Baron Korff werde ich mit Sicherheit hinausgraulen, falls er sich wirklich in Schönau sehen läßt."

Dagmar nickte ihr aufatmend zu.

„Auf Wiedersehen, Lotte. Ich glaube nicht, daß er kommen wird. Das war wohl nur eine Höflichkeitsphrase."

Die Schwestern nickten sich nochmals zu, und der Wagen fuhr davon.

Lotte sah ihm eine Weile nach und dachte an die Verschwörung mit Frau Jansen.

In ihren Betrachtungen wurde sie durch ihren Hund gestört, der bellend an ihr emporsprang. Da lachte sie lachend Schnee in ihren Händen zusammen und warf den Ball auf die Nase des Tieres, das sich prustend schüttelte. Dann eilte Lotte ins Haus zurück.

* * *

Am nächsten Tage entwickelte sich alles, wie Frau Jansen mit Lotte verabredet hatte. Lotte holte ihre Schwester ab und erklärte ihr in Ralfs Gegenwart, daß sie vor der Teestunde am Nachmittag nicht wieder von Schönau fort dürfe.

Die Schwestern verabschiedeten sich von Ralf und seiner Mutter. Als Ralf Dagmars Hand in der seinen hielt — zum letzten Male, wie er meinte, flog ein Beben über seine hohe Gestalt, und sein Gesicht zuckte. Aus seinen Augen traf ein Blick in die Dagmars, der sie erzittern ließ. Unverwandt sah sie ihn an. Aber da ließ er ihre Hand los und wandte sich hastig von ihr ab.

Als der Wagen davon fuhr, stand Ralf unter dem Portal und sah ihm nach, bis er verschwunden war.

Totenblaß wandte er sich dann um, seiner Mutter zu, die noch in der Halle stand. Er faßte ihre Hand und drückte sie krampfhaft.

„Das war das Schwerste, Mutter."

Wie ein Stöhnen brachen die Worte aus seiner Brust. Das Herz der alten Dame klopfte.

„Lieber Vater im Himmel, nun hilf, daß alles gut wird. Wenn ich mich irren sollte in Dagmar — aber nein — nein — daran will ich nicht glauben. Sie muß ihr Herz meinem Sohne zugewendet haben", dachte sie.

„Was tust du nun noch, Ralf?" fragte sie leise.

Er raffte sich auf.

„Ich habe noch eine Konferenz mit meinem Verwalter, und dann habe ich noch einige Briefe zu schreiben. Aber ein halbes Stündchen halte ich mir noch frei für dich vor meiner Abreise. Um ein Uhr bin ich oben bei dir."

Frau Jansen erwiderte gefaßt: „Gut, mein Sohn, ich erwarte dich bei mir."

Langsam schritt sie die Treppe empor. Sie sah ihren Sohn in sein Arbeitszimmer treten.

In ihrem Zimmer angelangt, fiel sie in einen Sessel und betete nochmals inbrünstig um das Glück ihres Sohnes.

Dagmar und Lotte waren inzwischen bis zur Wegscheide gefahren. Verwundert hatte Dagmar gefragt, weshalb Lotte sie heute nach Schönau hole. Aber Lotte hatte sich nicht auf große Erklärungen eingelassen.

Als nun der Wagen plötzlich auf Lottes Anruf hielt, sah Dagmar erstaunt auf. Lotte war aber schon aufgesprungen und ausgestiegen.

„Bitte, steig aus, Dagmar", sagte sie, ein wenig blaß und erregt.

„Wozu denn?" fragte die Schwester.

„Ich — ich will dir eine schöne Weihnachtstanne zeigen, die müßt ihr schlagen lassen."

„Muß das jetzt sein?"

„Ja, jetzt gleich."

Dagmar schüttelte den Kopf, stieg aber aus. Während sie einige Schritte beiseite ging, sagte Lotte zu dem Chauffeur:

„Fahren Sie ruhig weiter, nach Schönau zurück."

Und der Chauffeur fuhr gehorsam weiter. Dagmar sah erschrocken dem Wagen nach.

„Lotte — weshalb fährt das Auto fort?"

„Wir brauchen es nicht mehr."

„Was soll das heißen?"

„Das soll heißen, daß wir jetzt nach Schloß Berndorf zurückkehren", sagte Lotte blaß, aber ruhig und bestimmt.

„Ich verstehe dich nicht, Lotte. Soll das ein schlechter Scherz sein?" fragte Dagmar.

Da faßte Lotte ihre Hand.

„Frage nicht, Dagmar, folge mir nur, wie ich dich führe. Es geht um Ralfs Glück. Mehr kann ich dir nicht sagen. Ich handle im Einverständnis mit Mutterle Jansen. Sie erwartet uns."

Da dachte Dagmar an Ralfs Aussehen, an seinen Blick, mit dem er sie angesehen hatte. Sie wurde sehr bleich.

„Es geht um Ralfs Glück?" wiederholte sie in atemloser Erregung.

„Ja — komm schnell."

Dagmar lief neben der Schwester her über den hartgefrorenen Schnee.

„Sage mir doch um Gotteswillen, was geschehen ist, Lotte", bat sie mit blassen Lippen.

„Ich weiß nichts — gar nichts, als daß ich dich nach dem Schloß bringen soll, und daß niemand uns sehen darf, auch Ralf nicht."

Schweigend schritten nun die Schwestern ein Stück Wegs zurück bis zum Park, der in winterwunschener Wintermärchenpracht vor ihnen lag. Sie achteten nicht der tausend glitzernden Kristalle an den Bäumen, der weiten Schneefläche, die in der Sonne funkelte und blendete.

Nur immer vorwärts eilten sie, durchquerten den Park und gingen um das Schloß herum nach der kleinen Seitenpforte.

Wenige Minuten später standen sie in Frau Jansens Schlafzimmer, ohne daß jemand sie erblickt hätte.

Und gleich darauf trat Frau Jansen ein. Sie war ebenfalls blaß und erregt und umarmte die Schwestern.

„Ich danke dir, mein Lottekind. Du hast deine Sache gut gemacht. Aber ich habe noch etwas für dich zu tun."

„Was denn, Mutterle Jansen?"

„Du stellst dich hier an das Fenster, von wo aus du den Schloßeingang gut übersehen kannst. Nun paßt du gut auf, bis der Verwalter das Schloß verläßt. Sobald du ihn erblickst, meldest du es mir. Ich habe inzwischen mit Dagmar zu reden."

Lotte nickte und trat an das Fenster. Frau Jansen faßte Dagmars Hand, die in der ihren zitterte. Dies Zittern flößte Frau Jansen eine gewisse Ruhe ein.

„Komm, mein Töchterchen", sagte sie und führte Dagmar in ihr Wohnzimmer, das sie schon vorher abgeschlossen hatte, damit sie nicht gestört wurden. (Forts. folgt.)

— **70 000 Zentner verdorbener Hülsenfrüchte.** Bei Gelegenheit eines Beleidigungsprozesses, den der Kommunalverband Bamberg gegen den Vorsitzenden des allgemeinen Verbraucherbundes, Studienrat Dr. Kullmer, angestrengt hatte, wurde von dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis dafür erbracht, daß bei der Landesfaktstelle Bamberg 70 000 Zentner verdorbene Hülsenfrüchte lagern, die nicht einmal mehr als Viehfutter Verwendung finden können. Der Angeklagte Studienrat Kullmer wurde nach Ueberbürdung sämtlicher Kosten und Auslagen auf die Staatskasse freigesprochen. Das Urteil erklärte, daß Herrn Kullmer nicht nur der Schutz des § 193 zugute komme, sondern, daß er vielmehr auch den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen in vollem Umfange erbracht habe.

— **Was kostet eine Schachtanlage?** Von weiten Kreisen der Bevölkerung wird die Ansicht vertreten, daß der durch die Spaaer Abmachungen verursachten Kohlenkatastrophe vorgebeugt werden könne durch neue Schachtanlagen auf unseren weitausgedehnten Kohlenfeldern. Die Kosten eines Schachtes waren schon in Friedenszeiten ziemlich hoch; sie stellten sich auf 6000 bis 8000 Mark für den laufenden Meter, so daß also bei einer Förderungstiefe von 700 Metern mit einem Kostenaufwande von mehr als fünf Millionen Mark zu rechnen war. Nach einer Mitteilung des sachkundigen Reichstagsabgeordneten Dr. Voegler, Generaldirektor der Stinnesschen Bergwerksbetriebe, berechnen sich die Kosten einer modernen Schachtanlage neuerdings auf 300 bis 400 Millionen Mark. Rechnet man hierzu die Kosten für Neuerrichtung von Bergarbeiterwohnungen, Verwaltungsgebäude, Fördergerüst, Fördermaschinen usw., so kommt eine Bergwerksanlage mit einer jährlichen Förderung von etwa 800 000 Tonnen auf 700 bis 800 Millionen Mark zu stehen. Bei dieser Lage der Dinge kann heutzutage kein Bergwerksbesitzer daran denken, neue Kohlenfelder aufzuschließen und der Produktion nutzbar zu machen, denn es eröffnen sich nicht im entferntesten Aussichten für die Möglichkeit der Kapitalbeschaffung, ganz abgesehen davon, daß eine Verzinsung des Kapitals von vornherein ausgeschlossen wäre.

— **Schloßpoesie.** Bei den Abfindungsverhandlungen in der parlamentarischen Kommission in Berlin ist auch über das Schloß Bellevue im Berliner Tiergarten gesprochen worden. An dasselbe knüpft sich eine traurige Geschichte. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts bewohnte das Schloß der Vater des geistvollen Prinzen Ludwig Ferdinand, der später bei Saalfeld fiel, und hatte darin allerlei Verschönerungen vornehmen lassen, die bei dem knappen Raum einen etwas komischen Eindruck machten. Der Prinz hatte darüber schon öfter Scherze gemacht, und eines Tages las der Schloßherr auf einem großen Plakat im Park die folgenden Zeilen:

„Es wird hier jedermann gebeten,
Die Berge ja nicht zu betreten.
Auch dürfen keine Hunde laufen,
Damit sie nicht den See aussaufen.
So unbescheiden wird wohl niemand sein
Und stecken eine Grotte ein."

Das half. Die Verschönerungen wurden auf ein geschmackvolles Maß verringert.

Der Polizeihund bei der Arbeit.

Seit einiger Zeit ist in dem Berliner Polizeipräsidium eine Abteilung „Diensthundführer" eingerichtet. Diese Abteilung verfügt über eine stattliche Anzahl von Diensthunden, die besonders im Spurenverfolgen vorzüglich ausgebildet sind. Es ist ein ständiger Bereitschaftsdienst eingerichtet worden, der es ermöglicht, auf Anruf der Kriminalabteilung in kürzester Zeit die nötigen Beamten mit den „diensttuenden" Polizeihunden zu entsenden. Wir erfahren jetzt von einer Leistung eines Polizeihundes und seines Führers, die geradezu verblüffend ist.

In einer der letzten Nächte wurde nahe dem Bahnhof der Stadt Fehrbellin der Feldhüter Friedrich, von unbekannten Tätern erschossen, aufgefunden. Da alle Nachforschungen nach dem Mörder vergeblich waren, wandte sich der Amtsvorsteher des Ortes an die Berliner Kriminalpolizei und bat um Entsendung eines Beamten und eines Diensthundes. Der Diensthundführer Figger eilte mit dem deutschen Schäferhunde „Dief" an den Tatort. Von den verschiedenen Fußspuren, die zu sehen waren, wählte der Beamte den am schärfsten ausgeprägten Fußabdruck und setzte den Hund an. „Dief" nahm sofort die Spur auf und führte den Beamten über einen gepflügten Acker und durch mehrere Straßen Fehrbellins. Dann lief er an mehreren Häusern dicht entlang und rannte über einen Feldweg bis nach dem anstoßenden Dorf Feldberg. Hier bog er plötzlich in die Hauptstraße ein und beroch am ersten Hause sämtliche vier Wohnungseingänge. Dann trabte er nach dem vierten Hause, wo er in mächtigen Sätzen Flur und Hof durchquerte, die steile Treppe hinaufsprang und vor der offenstehenden Wohnung des 21jährigen Arbeiters Willi Liepe laut bellend Halt machte. L. war aber nicht anwesend, sondern bereits unter dem dringenden Verdachte, an dem Mord beteiligt gewesen zu sein, verhaftet worden. Liepe, der bis dahin die Täterschaft geleugnet hatte, gab unter der Wucht des Beweises die Tat zu.

Die Leistung des Diensthundes und seines Führers ist um so höher zu bewerten, als eine große Strecke über vielfach begangene Wege führte und das Tier erst volle 15 Stunden nach der Tat angesetzt werden konnte.

Lehrzeit im Hause.

Es wird jetzt überall in Deutschland zu Spenden für die Kinder aufgerufen. Aber Geld allein tut es nicht, das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn für eine rechte Ernährung, und was nicht weniger wichtig ist, Erziehung der Kinder in der Zukunft gesorgt werden soll, so müssen die dafür nötigen Kenntnisse bei den Müttern, die es sind, und die es werden sollen, vermehrt werden. Die Neigung der jungen Mädchen, die heute als Hausangestellte tätig sind, sich um die Kinderpflege zu bekümmern, ist nicht sehr groß, und auch von Haustöchtern läßt sich nicht selten dasselbe sagen. Wenn jungen Mädchen zugemutet werden sollte, auf die Teilnahme an einem Ball oder an einem sportlichen Vergnügen zu verzichten, um bei einem kranken Kinde zu sitzen, das Gesicht würde wohl kaum freudig leuchten. Und doch bedeutet eine solche Beschäftigung eine Sammlung von Erfahrungen für die spätere eigene Ehe.

Es ist eine Tatsache, daß unter der Bürde der Kriegsjahre die Kenntnisse in der Hauswirtschaft bei dem weiblichen Nachwuchs sehr eingeschränkt wurden. Es fehlte eben an Gelegenheiten bzw. an Material, um sie auszuüben. Es ist ferner Tatsache, daß die Lust zu Hausstandsarbeiten, die schon vor dem Kriege recht bedenklich abgeschwächt war, sich heute noch erheblich weiter verringert hat. Die Sorge, keine „groben" Hände zu bekommen, ist für manches Mädchen heute wichtiger, als die Freude am Zusassen. Wenn die Hausfrau sich nach einer neuen Hausangestellten umsieht, so ist oft die erste Frage, wieviel Kinder? Und die erste Bedingung lautet, daß nicht gewaschen zu werden braucht. Kindererziehung aus einem Buch zu lernen, ist nur halber Erfolg, und die Unkenntnis von Wäsche und ihrer Erhaltung verdoppelt die Kosten des Haushaltes. Das ist dasselbe, als wenn eine Hausfrau nach einem Kochbuche kochen will. Es geht, aber ob das Geld dazu reicht, das steht auf einem anderen Blatt. Ohne Lehrzeit geht es in keinem Haushalt, und es handelt sich dabei nicht um Zusehen, sondern um Zusassen. Je mehr einsichtsvolle Hausfrauen wir haben, um so früher kommen wir wieder zu einer erträglichen Hauswirtschaft.

An solchen Hausfrauen fehlt es aber heute. Sehr viele bauen ihre Tätigkeit auf den Grundsätzen auf, daß die Ernährung heute so und so viel mehr als früher koste, und daß das Geld dafür beschafft werden müsse. Mit guten Erfahrungen in der Küche lassen sich aber auch andere Wege einschlagen, die die Kosten verringern. Wucherer, Schieber und Schleichhändler rechnen alle damit, daß die Frauen ihren Forderungen nicht genügend Widerstand entgegensetzen. Nur ein einziger Monat „passive Resistenz" auf diesem Gebiet und es würde vieles anders sein. Eine erhebliche Anzahl von Waren steht erheblich höher im Preise, als sie ihrem Nährwert nach verdienen, aber sie werden gekauft. Und daß bei der Kuchen-, Kaffee- und Kakao-Wirtschaft mehr Millionen in Deutschland draufgehen als nötig ist, das weiß jeder.

Die Tätigkeit im Hause geht oft von falschen Voraussetzungen aus. Die Hausangestellten und jungen Mädchen denken in der Regel, mit ihrer Arbeit tun sie nur der Hausfrau einen Gefallen und machen dieser das Leben leichter. Gewiß, es gibt auch arbeitsunlustige Hausfrauen, aber die allermeisten bedürfen dringend einer Erholung und können sie sich wegen Geldmangel doch nicht leisten. Eine große Hauptsache bleibt aber, daß, wie schon weiter vorn gesagt, die Hausarbeit derjenigen, die sie verrichtet, in ihrem späteren Eheleben wieder zugute kommt. Ehen werden heute leicht geschlossen, ihre Zahl wird von den Standesämtern bekannt gegeben, aber wie viele davon sich nach einem Vierteljahr als kreuzunglücklich herausgestellt haben, das weiß niemand. Das Geld fällt nicht jeden Tag in jeden Ehestand hinein, wohl aber klopft die Sorge an der Tür. Wer sich nicht blind macht, sieht das und — — richtet sich danach. Erfreulicherweise taucht jetzt bereits Einsicht auf, daß Lehrjahre im Haushalt für die Frauenwelt das beste Zukunftskapital darstellen, das überreiche Zinsen an Menschenglück trägt.

Weitere Nachrichten.

Eine Kriegsbeschädigten-Demonstration in Berlin.

(W) **Berlin** 28. Febr. Der Großberliner Gau des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten veranstaltete am Sonntag vormittag eine Massenversammlung im Lustgarten, an der etwa 12 000 Personen teilnahmen. Der Vorsitzende Karl Tiedt wandte sich gegen die Verschleppung der Forderungen der Kriegsbeschädigten und verlangte eine Beschleunigung der Auszahlungen der Renten. Dann bildete sich ein Demonstrationszug, in dessen Reihen zahlreiche Plakate und rote Fahnen mit Inschriften getragen wurden. Die meisten der Fahnen zeigten den goldenen Sowjetstern. Im Zuge wurde eine Tragbahre mit einem mit dem Eisernen Kreuz geschmückten schwarzen Sarg getragen mit der Aufschrift: „Das neue Versorgungsgesetz". Der Zug bewegte sich nach dem Reichsarbeitsministerium. Unterwegs ereigneten sich zahlreiche Zwischenfälle. Der gesamte Fahrverkehr wurde lahmgelegt. Einzelne Straßenbahnführer wurden tätlich angegriffen. Zu einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei kam es am Alexanderplatz, wo die Demonstranten ein Lastauto mit Schutzpolizisten umzingelten. Den Ordnern gelang es schließlich, die Menge zum Weitergehen zu veranlassen. Mit Niederrufen auf die Schutzpolizei und Hochrufen auf die dritte Internationale und Sowjetrußland ging es weiter. Da das Arbeitsministerium in der Scharnhorststraße von einer Hundertschaft der Schutzpolizei besetzt war, bewegte sich der Zug nach dem Invalidenhause, wo Tiedt abermals eine Ansprache hielt und mit einem Hoch auf die Weltrevolution schloß. Dann löste sich der Zug auf.

*

Für Aenderung des Vertrages von Sevres.

Die türkischen Delegierten haben mit der französischen Delegation im Hydepark-Hotel über folgende Punkte beraten: Einstellung der Feindseligkeiten, Festsetzung der Südgrenze von Smyrna, Austausch der Gefangenen, Wirtschaftsfragen. Dann begab sich die türkische Delegation in das Foreign Office, wo die armenische Frage besprochen wurde. — Das offizielle Kommuniqué über die Sitzung der Konferenz, die unter dem Vorsitze Lord Curzons im Foreign Office stattfand, besagt: Bezüglich Armeniens wies Curzon darauf hin, daß die Mächte nicht im geringsten die Absicht hätten, die Verpflichtung außer acht zu lassen, einen einigen und lebensfähigen Staat Armenien zu schaffen. Im Interesse der Türkei und Armeniens sei es von Wichtigkeit, eine von allen Parteien gutgeheißene Grenze festzusetzen, durch die Armenien die ihm jüngst genommenen Gebiete zurückgegeben werden und seine nationale Existenz gesichert werde. Die Konferenz beschloß, dem Obersten Rat vorzuschlagen, über mögliche Abänderungen der Bestimmungen des Friedensvertrages von Sevres, soweit sie Kurdistan und Armenien betreffen und mit Rücksicht auf die jüngsten Ereignisse wünschenswert sind, vorzunehmen.

Ergebnislose Verhandlungen über Westungarn.

Die Verhandlungen mit den ungarischen Vertretern über Westungarn sind vorläufig als ergebnislos abgebrochen worden und sollen nach einer Woche in Ofenpest fortgesetzt werden. Ungarn will weitgehende territoriale Veränderungen gegenüber dem durch die Friedensverträge festgesetzten Grenzzug. Demgegenüber ist der österreichische Standpunkt, daß die Verhandlungen sich lediglich auf die Beschlußfassung über die technische Uebergabe zu beschränken haben. Sonach kann eine geeignete Plattform noch immer nicht gefunden werden.

Die Neuregelung des Notetats vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat hielt unter Vorsitz des Ministers Heinze eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen ist der Etat für 1921. Mit der Prägung von weiteren 50 Millionen Mark in 50 Pfg.-Stücken aus Aluminium erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Ferner wurde ein neuer Notetat genehmigt. Er bezieht sich auf die Ausgaben für März 1921. Während nach den bisherigen Notetats die Regierung ermächtigt wurde, die Ausgaben in der Höhe des Etats für 1919 zu leisten, wurde sie nun ermächtigt über die Positionen des Etats für 1919 und über Ergänzungen insoweit zu verfügen, als nicht bei der Beratung im Haushaltsausschuß des Reichstages oder in der zweiten Lesung im Reichstage Aenderungen vorgenommen werden. Angenommen wurde ein Antrag Preußens, wonach die Abgeordneten die Regierung ersuchen, vor Ausarbeitung von Entwürfen, die eine finanzielle Mehrbelastung der Länder oder Gemeinden mit sich bringen, zunächst die finanzielle Seite im Verhandlungswege mit den Ländern klarzustellen, sofern nicht die Mehrbelastung von vornherein vom Reich übernommen würde. Ferner wurde noch die Ausdehnung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes der Bevölkerung bis zum 1. Juli ds. Js. angenommen.

Kleine Nachrichten.

„Newyork Herald" berichtet, daß Harding gegen eine weitere Besetzung deutschen Gebietes durch französische oder englische Truppen im Falle des Scheiterns der Londoner Verhandlungen sein Veto einlegen werde.

Der in Koburg lebende Zar Ferdinand von Bulgarien feierte Sonnabend seinen 60. Geburtstag.

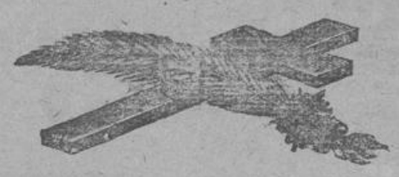
Freitag und Sonnabend tagte in Berlin als Einleitung zur Landwirtschaftlichen Woche der Landfrauentag.

14 000 Moskauer Arbeiter, darunter auch das Personal der Staatsdruckerei, traten in den Ausstand. Die Streikenden fordern eine Erhöhung der Brotration, Wiederherstellung des freien Handels, Anerkennung der bürgerlichen Freiheitsrechte und die Einberufung einer Konstituante.

Vereinsnachrichten.

Kamen 1. März. **Der Krieger- und Landwehr-Verein** hatte seine Mitglieder und deren Angehörige zu der Feier eines Winterkränzchens für Sonntag nachmittag in den Schützenhof geladen. Der Besuch war ein guter. Herr Gustav Ebbinghaus, der Vorsitzende des Vereins, gab in seiner Begrüßungsrede der Freude über den guten Besuch Ausdruck. Dann sprach einleitend der Schüler Willi Weber mit gutem Ausdruck anspruchend und wirkungsvoll das Gedicht: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland". Unsere heimische Sängerin Frl. Trina Schmidt ließ darauf ihre natürlich-frischen Stimmmittel erklingen und sang Lieder vom „klarblauen Himmel" (Silcher) und von den Grüßen eines Mädchens an das erste Schneeglöckchen. Die Wirkung der ansprechenden Stimmmittel wurde erhöht durch eine dem Ganzen angemessene edle Vortragsweise und tadelsfreie Aussprache. In Herrn Schimmel fand die Sängerin einen feinfühlenden Begleiter. Eine weitere angenehme Abwechselung fand das Programm durch die Rezitationen des Herrn Adolf von der Heide. Wir wollen nicht der Effekthascherei das Wort reden, im Interesse einer erhöhten Wirkung ist aber ein stärkerer Ausdruck und Hervorheben einzelner Stellen wünschenswert. Weiter vereinigten sich Frl. Herberholz und Frl. Warschkuls zu duettistischen Gesangsgaben in drei modernen Liedern von Ernst Frank. Großen Anklang fand Herr Paul Grund mit seinen humoristischen Gaben. Auch ein flott gespieltes Theaterstück „Die Liebe siegt", trug viel zum guten Gelingen der Veranstaltung bei. Die Erschienenen gaben ihre Freude über das Gehörte durch starken Beifall zu erkennen. Die Herzogsche Kapelle bestritt den musikalischen Teil in bester Weise und sorgte mit Fleiß dafür, daß die Tanzlustigen auf ihre Rechnung kamen. Auch die Kamener Quadrille sprang mal wieder über die Bretter, machte, wie früher schon den Altvorderen, so der heutigen Generation viel Freude und erweckte jedesmal das Interesse der „Fernstehenden". So verlief das Kränzchen des Kriegers und Landwehrvereins in bester Weise.

Kamen 1. März. **(Turnverein Kaiserkrone.)** Der Verein hielt am Sonntag, den 20. Februar, seine Generalversammlung ab. Diese wurde vom ersten Vorsitzenden Herrn Friedrich Nebbe eröffnet und geleitet. Bevor die Versammlung eröffnet wurde, gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Turner Herm. Friebel und Hubert Degenhart. Die Versammlung ehrte das Andenken derselben in üblicher Weise. Alsdann ging man zur Tagesordnung über. Es wurde beschlossen, am zweiten Pfingstag das Sommerfest ohne auswärtige Vereine zu feiern. Weiter wurde beschlossen, daß passive Mitglieder, welche 15 Jahre dem Verein aktiv angehört haben und sich dann haben passiv überschreiben lassen, mit turnerischen Ehren begraben werden sollen, wenn sie dem Verein 25 Jahre angehört haben. Der Jahresbeitrag wurde für passive Mitglieder auf 5 Mark, für aktive Mitglieder auf 8 Mark erhöht. Das Eintrittsgeld beträgt 5 Mark. Turnschüler bezahlen 1 Mark Aufnahmegeld sowie vierteljährlich 1 Mark Beitrag. Umschreibegebühr wird nicht mehr erhoben.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 10 Uhr unsern lieben, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Kötter

Heinrich Bürger

nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden im Alter von 60½ Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Overberge, Bergkamen, Rünthe, Lerche, Hamm und Unna, den 28. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. März, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten, so diene diese als solche. 1028

Saatkartoffeln

gelbfleischige Industrie u. frühe Sorten treffen in den nächsten Tagen ein, ebenso mehrere Ladungen

Speisekartoffeln

und nehme Bestellungen schon jetzt entgegen.

W. Neff, Kamen. 1018



Empfehle 1006

mich den verehrten Bewohnern von Kamen, Overberge und Umgegend zum

waschen u. bügeln

von Stärke- und Leibwäsche.

Auguste Rediger, Hammerstr. 110.

Lehrling

gesucht.

Otto Edelmann, Maler- u. Anstreichermeister. 976

Ordentliches 1020

Dienstmädchen

sofort gesucht.

Frau Wilhelm Ploeger, Dortmund, Schwanenstraße 46.

Für Oberaden-Heide suchen wir sofort einen

Zeitungsboten

gegen gute Bezahlung.

Meldungen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung, Weststraße Nr. 10.

Suche zum 1. Mai

zwei Mädchen

für Landwirtschaft.

Wo sagt die Geschäftsstelle der Kam. Zeitung. 994

Junges solides Ehepaar sucht in Kamen oder Bergkamen ein

möbl. Zimmer.

Angebote unter E. Sch. 1025 an die Geschäftsst.

Ein kinderloses Ehepaar sucht 998

1—2 möbl. Zimmer

Angebote unter Nr. 996 an die Geschäftsstelle d. Kamener Zeit.

Student ert. energischen

Unterricht

in sämtlichen realen und gymnasialen Lehrfächern. Angebote sind zu richten Heinrich Kassing, stud. theol. Dortmunderstr. 51. 1008

Solide Agenten

bei hohem Verdienst überall gesucht. 1009

Grüssner & Co., Neurode i. E. Holzrouleaux- und Jalousienfabrik.

3 ordentl. Leute können

Kost u. Logis

erhalten. 1019

Zu erfr. in der Geschst. der Kamener Zeitg.

Damen-Strümpfe

3 Schlager

15.75

14.75

8.75

Sander

Bahnhofstr. 7

KAMEN.

1014

Kaufen Sie



bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Bekanntmachung.

Entsprechend den Bestimmungen des Handelskammergesetzes vom 24. Februar 1870/19. August 1897 und der vom Minister für Handel und Gewerbe unterm 13. Dezember 1920 genehmigten Wahlsatzung werden die **Termine für die Neuwahlen der Handelskammer** wie folgt festgesetzt:

Für Gruppe I: Bergbau, Eisen- u. Stahlerzeugung; Wahlbezirk: Ganzer Handelskammerbezirk; zu wählende Mitglieder 12, **auf Dienstag, den 8. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Kölnischen Hof in Dortmund.

Für Gruppe II: Eisen-, Stahl- und Metallbearbeitung, Maschinen- und Apparatebau; Wahlbezirk: Stadt- und Landkreis Dortmund; zu wählende Mitglieder 3 (St. 2, L. 1); **auf Freitag, den 4. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Kölnischen Hof in Dortmund.

Wahlbezirk: Stadt- und Landkreis Hörde; zu wählen 1 Mitglied; **auf Mittwoch, den 2. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im oberen Saale des Stiftshofes (früher Bergmann) in Hörde.

Wahlbezirk: Stadt- und Landkreis Hamm; zu wählende Mitglieder 2; **auf Donnerstag, den 3. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Sitzungszimmer des Finanzausschusses des alten Rathauses in Hamm.

Für Gruppe III: Chemische Industrie, Industrie der Steine und Erden, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel: Wahlbezirk: Ganzer Handelskammerbezirk; zu wählende Mitglieder 3; **auf Dienstag, den 1. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Kölnischen Hof in Dortmund.

Für Gruppe IV: Großhandel, Banken, Vertretungen und Versicherungen; Wahlbezirk: Ganzer Handelskammerbezirk; zu wählende Mitglieder 6; **auf Dienstag, den 1. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Kölnischen Hof in Dortmund.

Für Gruppe V: Einzelhandel; Wahlbezirk: Stadt- und Landkreis Dortmund; zu wählende Mitglieder 5 (St. 4, L. 1): **auf Dienstag, den 1. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Kölnischn Hof in Dortmund.

Wahlbezirk: Stadt- und Landkreis Hörde; zu wählen 1 Mitglied; **auf Mittwoch, den 2. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im oberen Saale des Stiftshofes (früher Bergmann) in Hörde.

Wahlbezirk: Stadt- und Landkreis Hamm; zu wählende Mitglieder 2 (St. 1, L. 1): **auf Donnerstag, den 3. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Sitzungszimmer des Finanzausschusses des alten Rathauses in Hamm.

Für Gruppe VI: Alle übrigen Gewerbebetriebe, z. B. Schiffahrt, Verkehrs- und Baugewerbe, Buchdruckereien, Licht-, Kraft- und Wasserwerke; Wahlbezirk: Ganzer Handelskammerbezirk; zu wählende Mitglieder 3; **auf Dienstag, den 1. März d. Js., 10—1 Uhr vormittags**, im Kölnischen Hof in Dortmund.

Die Listen der Wahlberechtigten haben gemäß § 11 des Handelskammergesetzes vom 31. Januar bis 7. Februar d. Js. in den Diensträumen der Handelskammer öffentlich ausgelegen. Jeder Wahlberechtigte wählt in seiner Wahlgruppe nach dem gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht mittels verdeckter Stimmzettel soviel Kandidaten, als nach der Wahlsatzung auf den Wahlbezirk, wie oben genannt, entfallen.

Dortmund, den 24. Februar 1921.

Die Wahlleiter:

Kommerzienrat Köster, für die Gruppe I, sowie II, Wahlbezirk: Stadt- u. Landkreis Dortmund.
Gustav Wiskott, für die Gruppen III, IV, VI, sowie V, Wahlbezirk: Dortmund-Stadt.
Carl May, für die Gruppen II, V, Wahlbezirk Hörde.
Wilhelm Schüerhoff, für die Gruppen II, V, Wahlbezirk Hamm. 1010

Die Handelskammer:
Der Geschäftsführer: Dr. jur. Martin.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die Eindämmung der Maul- und Klauenseuche und die unter dem 24. ds. Mts. erfolgte Aufhebung der Sperrzeit über die Stadt Unna verhängten Ortssperre bin ich in der Lage, den mit meiner Verfügung vom 4. August d. Js. (veröffentlicht im Westf. Anzeiger und Hellweger Anzeiger und Boten) bis auf weiteres aufgehobenen **Ferkelmarkt in der Stadt Unna wieder freizugeben.**

Hamm (Westf.), den 25. Februar 1921.

Der Landrat:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Ungepreßt
wird jeder 1012
Herren- und Damen-Hut
(Stroh und Filz)
in eigener Werkstatt schnell und billig.
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Holzverkauf

Erben Schulze-Pelkum lassen am **Donnerstag, den 3. März, morgens 10 Uhr** anfangend, auf Haus Beck, Forstort Papenbusch

55 Haufen eichenes Durchforstungsholz, sowie 13 Haufen Rottannen und Kiefern

zu Frechtungsstangen, Baumpfählen und Brandholz geeignet, nummerweise öffentlich meistbietend verkaufen. 991

Pelkum, den 25. Februar 1921.

Die Gutsverwaltung: Fickermann.

Reparaturbedürftige
Flügel, Pianinos und Harmoniums
jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.
Carl Ebel & Sohn,
Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.
Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Klavierstimmen.
Bin in den nächsten Tagen zum Stimmen und Reparieren der Pianos, Flügel und Harmoniums in Kamen anwesend. Aufträge werden in der Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegengenommen.
Ad. Jürgens senior, Klavierbauer.
Hamm, Nordstraße 8.

In 16td. u. Garantie
vernichten Sie Flöhe, Kopf-, Kleider-, Filz-
Läuse
f. Brut (Nissen) d. Mensch u. Tier mit „Kampolda" ges. gesch. Wunden unsch. Verk. **Friseur H. Großer, Westfstr. 45 a.** 932

Neu! Neu:
Orangen-Branntwein
40 prozentig
empfiehlt 1016
H. Timmering,
Destillation und Freigeldbetrieb,
Telephon 366.

Speise-Kartoffeln 1015
wieder eingetroffen.
Engelbert Goselwitz
Oststr. 27.

Ia. grüne Heringe
sind wieder eingetroffen.
Fr. P. Uhrmeister,
Kirchstr. 10. 1017

Rotklee 1023
Weißklee
Schwedenklee
Gelbklee
Raygras
Thymothe
Runkelsamen
sowie sämtlich Gartensämereien in den besten Qualitäten empfiehlt
W. Blankenstein,
Kamen, Telephon 153.

Empfehle mich
zum 1022
Stärkewäsche waschen und bügeln.
Frau Stiepelmann
Heil Nr. 53.

Prima frischer
Schellfisch
wieder eingetroffen.
Jos. Kefenbaum
Nordstraße. 1021

Dünger-Verkauf.
Freitag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, werde ich bei **Krause, Altenmethler 68 ½**, einen großen **Posten Pferdedünger in kleinen Abteilungen** meistbietend zum Verkauf aussetzen. 1024
Brüninghaus.

Kamener Lichtspiele.

Vornehmste Lichtbildbühne am Platze.
Zentralheizung. Westfstr. 20.

Spielplan von Dienstag bis Donnerstag:

Die Detektiv-Sensation der Woche.

Eine gewaltige Fülle atemraubender und nervenspannender Sensationen, tollkühner Wagnisse und waghalsiger Verfolgungen zeigt unser Riesen-Schlager:

Der Flüchtling von Sing-Sing.

Neuestes sensationelles Erlebnis des Welt-Detektiven
Ralf Jefferson
5 spannende aufregende Akte 5

2. Der große Detektiv-Schlager:

Der Funkenruf der Rio Bamba.

Joe Jenkins, der berühmte und berüchtigte Meister-Detektiv, in seiner neuesten an Abenteuern und Ueberraschungen reichste Detektiv-Sensation in 5 fabelhaften Akten. Der Kampf mit dem Spionagekonzern zu Wasser, zu Lande und in der Luft.

Als Extra-Einlage bei nicht zu großem Andrange:

Ede & Comp.

Reizendes Lustspiel in 3 Akten. 1013

An allen Tagen erstklassiges verstärktes Künstler-Konzert unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Fr. Rudzuck.

Aenderungen vorbehalten. **D. D.**



Mit dem heutigen Tage übernehme ich das

Restaurant „Zur Krone"
Kamen, Oststraße 9.

Indem ich aufmerksame Bedienung, Führung nur erstklassiger Speisen und Getränke zusichere, bitte ich um allseitiges Vertrauen.

Hochachtungsvoll
Max Felske.

Gute Weine, Biere u. Liköre.

Dienstag abend von 8—11 Uhr:
— Freibier. — 1007

Elektrische
Licht- und Kraft-
Anlagen
liefert in erstklassiger Ausführung unter Verwendung von Ia. Material
:——: in Friedensqualität :——:
Gustav Dunkel,
Güldentröge Nr. 25. Telephon Nr. 147.
Unverbindliche Kostenanschläge
828 stehen zur Verfügung.
— Billigste Berechnung. —

Gebrauchsfähige kupferne
Pumpe
zu verkaufen. 1005
Unnaerstraße 145.



2hochtragende
Ziegen
zu verkaufen. 1001
Wo, zu erfragen in der Geschäftsst. der Kam. Ztg.

Konfirmanden-Mäntel
bedeutend im Preise ermässigt. 1013
Gebr. Keil • Kamen,
Bahnhofstrasse 57. Bahnhofstrasse 57